Preis der Einzelnummer 5 Grusch

Bezugspreis

Inland: 1 Monat 1.75 T. Pfd., 3 Monate 4.75 T.Pfd., 6 Monate 8.50 T.Pfd., 12 Monate 16.- T. Pfd. Ausland: 1 Monat 1.- R.-Mark, 3 Monate 12.- R.-Mark, 6 Monate 22.- R.-Mark oder Gegenwert. Alles einschliesslich Porto. Inserate: 1. Seite 1 cm. 100 Grusch, 2. Seite 75 Grusch, 3. Seite 50 Grusch, 4 Seite 30 Grusch. (Inlandspreise)

Geschaeftsleitung: Schischhane-Karakol Jokuschu, Saverio-Caleja-Gasse, Phoenixhaus.

Drahtanschr.: Turkpost
Fernspr.: Pera 1733
Postfach: Galata 269.

Türkische Post

پوستهٔ تورکیه

3. JAHRGANG NO. 178 ■ Tageszeitung für den Nahen Osten Konstantinopel, Sonnabd., 30. Juni 1928

Organ der Deutsch-Türkischen Vereinigung, Berlin, der Türkisch-Deutschen Handelskammer, Hauptsitz Frankfurt a. M. und der Deutschen Handelskammer in Wien.

Tagesspiegel.

مدعیٔ عمومی قرلتو ۲۰ کیشی علیهنده اعدام جزاسی طلب ایتمشدر.

تروتسکی طرفدارلری اولان عکس انقلاب قومونیست فرقه‌سندن یکیدن قبول ایدیلمشلردر.

Staatsanwalt Kirlenko beantragt zwanzig Todesurteile.

Die Trotzkiopposition wurde von der K.P. wieder aufgenommen.

Abrechnung der Ukrainer mit der polnischen Regierung.

Ein unabhängiger ukrainischer Staat angestrebt.

«Weder polnisch noch sowjetistisch.»

* Warschau, 28. Juni.

Im Senat unternahmen gestern die Vertreter der ukrainischen Gruppe einen Vorstoss gegen die polnische Regierung. Der ukrainische Senator Halutschinski entwarf ein Bild der trostlosen Lage des ukrainischen Schulwesens und wies darauf hin, dass die Ukrainer jetzt um 1000 Schulen weniger hätten als zur Zeit der österreichischen Herrschaft in Galizien. Das kennzeichne die «Versöhnungsbestrebungen» der Pilsudski-Regierung, durch welche angeblich eine polnisch-ukrainische Einigung erreicht werden soll. Noch heftiger äusserte sich der Senator Herbatschewski: in den Jahren 1918 und 1919 habe das ukrainische Volk mit der Waffe in der Hand seinem Streben nach staatlicher Freiheit Ausdruck gegeben. Heute sei es äusserlich unterdrückt, doch das Streben nach Unabhängigkeit lebe fort. Der Ukrainer Koschitzki sagte: «Der heutige polnische Abgeordnete und ehemalige österreichische Minister Glombinski hat uns Verrat vorgeworfen, wie verhielt sich denn aber Glombinski selbst gegenüber Oesterreich!» Der ukrainische Senator Makusch fasste dann alle Anklagen nochmals zusammen: in oesterreichischer Zeit, ja sogar während des Weltkrieges, hätte das ukrainische Volk bessere Lebensbedingungen gehabt als heute. Seine Selbstverwaltung, seine Schulen sind vernichtet, das Ukrainervolk ist in vier Teile zerrissen. Am meisten leidet es in Polen und Rumänien. Die Versuche, die ukrainische Frage als innere Angelegenheit Polens auszugeben, bedeuteten eine Fälschung, sie bleibe eine internationale Frage. Die Ukrainer hätten nur einen Wunsch, von der sogenannten Fürsorge Polens befreit zu werden. Das Auftreten der Ukrainer im Senat hat grossen Eindruck gemacht, was auch die heutigen Pressestimmen zeigen. Die «Warszawianka» äussert sich besorgt über die «böse Stimmung» und überhaupt wird in der polnischen Presse zugegeben, dass die Ukrainer sich Polen gegenüber ablehnender verhalten denn je.

* Lemberg, 22. Juni.

Das Organ der ukrainischen Nationaldemokratischen Partei (Undo) «Dilo» widmet der ukrainischen Nationalen Bewegung einen Artikel, in welchem folgender Standpunkt vertreten wird: für die Ukrainer komme weder eine polnische Orientierung in Frage noch eine Anerkennung der Oberherrschaft Moskaus bezw. des Sowjetstaates. Das ukrainische Volk erstrebe Freiheit auf seinem eigenen ukrainischen Boden. Das Programm der Undo fordert die staatliche Unabhängigkeit und Vereinigung aller altukrainischen Gebiete, die gegenwärtig zerstückelt sind und teilweise innerhalb der Grenzen Polens, teilweise in der Sowjetukraine liegen. Der Führer der Undo Lewitzki hat übrigens kürzlich im polnischen Sejm die Meinung vertreten, dass auch Polen an der Bildung eines freien ukrainischen Staats interessiert sei, da ein solcher zur Sicherung des politischen Gleichgewichts in Osteuropa beitragen würde.

Das antikommunistische Japan.

Berlin, 29. Juni.

Der japanische Kronrat nahm das Gesetz, das die Todesstrafe für die Gründer geheimer, auf Abänderung der Verfassung und auf Umsturz hinzielender Vereinigungen vorsieht, an. Die Mitglieder solcher Vereinigungen erhalten Zuchthaus und Gefängnis.

Veränderungen im türkischen Aussendienst.

Angora, 28. Juni.

Noman Rifat Bej, Generalkonsul in Beirut, wurde auf den unbesetzten Posten des Generaldirektors der ersten Abteilung des Aussenministeriums berufen. An seine Stelle tritt Serwer Dschemal Bej, Generalkonsul im Piräus; dieser letztere wird ersetzt durch Münif Bej, Generalkonsul in Tabris. Ali Bej, Generaldirektor der III. Abteilung des Aussenministeriums, wird zum Geschäftsträger im Haag ernannt.

An den Platz Ali Bejs tritt Nuri Bej, Rechtskonsulent des Ministeriums, und an Stelle Emin Ali Bej, Chef des Rechtsbüros des Wilajets Smyrna.

Müschfik Selami Bej, Generaldirektor der II. Abteilung des Aussenministeriums, ist auf den neu geschaffenen Posten eines Generalkonsuls nach Genf berufen und durch Mehmed Essad Bej, Geschäftsträger im Haag ersetzt worden.

Talaat Kaja Alp Bej, Generalkonsul in Bagdad, wird Geschäftsträger ebendort (neu geschaffener Posten).

Muhieddin Raschid Bej, Direktor des Nachrichtendienstes, wird stellvertretender Unterstaatssekretär im Ministerium des Aeusseren. In seine frühere Stellung tritt Lutfullah Bej, Vorstand der II. Sektion der I. Abteilung des Ministeriums, mit dem Rang eines zweiten Legationsrat. Er wird durch den Dragoman Sedad Seki Bej ersetzt.

Behdschet Schefik Bej, Kanzleivorstand im Kabinett des Ministers, wird zum ersten Sekretär der Gesandtschaft in Madrid ernannt an Stelle von Siret Bej, der zweiter Sekretär der Gesandtschaft im Haag wird.

Subhi Sia Bej, ehemaliger Beamter im Ministerium des Aeusseren, wird zum Handelsdirektor ernannt an Stelle Atif Bejs, der als Generalkonsul nach Jerusalem geht. Hassan Dschewad Bej, Sekretär der Direktion des Nachrichtendienstes, wird dritter Sekretär der Moskauer Botschaft (bisher unbesetzt.)

Latif Ismail Bej, zweiter Sekretär in der II. Sektion der I. Abteilung des Ministeriums des Aeusseren, wird zum Kanzler des Genfer Konsulats ernannt. Ismail Hakki Bej, Konsul in Antwerpen, wird zur Verfügung des Ministeriums gestellt und ersetzt durch Memduh Bej, Kanzleivorstand in der I. Sektion der III. Abteilung.

Hatif Subhi Bej, der zur Verfügung des Ministeriums gestanden hat, wird zum Kanzler in Gömrü ernannt an Stelle Galib Mubarek Bejs, der Konsul in Damaskus wird. Dairi Maskar Bej, Direktor der I. Sektion der III. Abteilung, wird Konsul erster Klasse in Hamburg an Stelle Dschemil Selmans Bejs, der auf den Posten des Direktors der I. Sektion der III. Abteilung berufen wird.

Ratifizierung des türkisch-mexikanischen Freundschaftsvertrages.

Die «Dschümhuriet» meldet aus Rom, dass dort am 27. d. M. der ratifizierte türkisch-mexikanische Freundschaftsvertrag zwischen dem türkischen Botschafter in Rom Suad Bej und dem mexikanischen Botschafter in Anwesenheit des Beamtenstabes der beiden Botschaften ausgetauscht wurde. Der Vertrag gelangt nach 14 Tagen zur Anwendung.

Lateinische Buchstaben.

Die Lateinschriftkommission trat am 26. Juni in Angora zusammen, unter dem Vorsitz Prof. Emin Bejs, des Präsidenten des Unterrichtsausschuses.

Ueber die Aufgabe der Kommission drückte sich Emin Bej wie folgt aus:

«Die lateinischen Schriftzeichen, deren man sich in allen Sprachen der Welt bedient, lassen sich ohne Zweifel auch für die türkische Sprache verwenden.

Unsere Kommission hat die Aufgabe, die logischeste Form der Anwendung dieser Schriftzeichen auf unsere Sprache zu finden und einen Entwurf darüber auszuarbeiten.

Die Regierung wird der Kommission alle Dinge und alle Personen, deren sie bedarf, um ihre Untersuchungen mit Erfolg durchzuführen, zur Verfügung stellen.»

Darauf wurde eine Unterkommission gebildet, die die Aufgabe hat, zu untersuchen, welche von diesen Schriftzeichen, die in den europäischen Sprachen voneinander abweichen, für die türkische am besten zu verwenden wären.

Die Ministerialrat des Unterrichtsministeriums nahm auch an der Sitzung teil. Ismet Pascha wurde von dem Resultat dieser ersten Sitzung der Kommission verständigt.

Ende des Schachty-Prozesses.

20 Todesurteile gefordert.

Moskau, 29. Juni.

Der Sowjetstaatsanwalt Krylenko verlangt in seiner Anklagerede die Todesstrafe für zwanzig angeklagte Russen; für den deutschen Ingenieur Otto fordert er 6—12 Monate Gefängnis, gibt aber zu, dass gegen die deutschen Firmen kein Vorwurf der Teilnahme an den Sabotageorganisationen erhoben werden kann.

* * *

Der Generalstaatsanwalt Krylenko soll einem Telegramme der «Agence Anatolie» zufolge nicht zwanzig, sondern 42 Todesstrafen beantragt haben.

Moskau begnadigt die Opposition.

Berlin, 29. Juni.

Durch einen Beschluss der Zentralkontrollkommission der russischen kommunistischen Partei wurde Sinowjew und Kamenew, sowie 36 ehemalige Trotzkianhänger in die Partei wieder aufgenommen.

Besorgnis um Amundsen.

Oslo, 29. Juni.

Stündlich wächst die Bestürzung und die Besorgnis über Amundsens und Guilbauds Schicksal. Unter dem Kommando des Major Gran wurde ein norwegischer Hilfsdampfer bereits abgeschickt. Ein kleines Daimler Sportflugzeug wurde vom Deutschen Klemm der schwedischen Regierung zur Verfügung gestellt. Das Flugzeug ist im Stande auf einem 60 Fuss langen Eisblock zu landen, besitzt einen Aktionsradius von über 1000 km und ist von Stuttgart nach Kopenhagen geflogen.

Das Rettungswerk.

Berlin, 29. Juni.

Der russische Pilot Babuschkin erreichte die Insel König Karl, wo er eine Flugbasis errichtete. Die Gruppe Lungberg befindet sich jetzt 10 Meilen von Kap Leighsmith, sodass die Lage günstiger geworden ist.

Die «Braganza» ist noch immer beim Nordkap vom Eise eingeschlossen. Das Wetter ist ungünstig.

Von der Gruppe Mariano fehlt noch immer jede Meldung.

Eröffnung des argentinischen Parlaments.

Die Monroedoktrin eine einseitige Aeusserung.

Berlin, 29. Juni.

Im der Eröffnungssitzung des neuen argentinischen Parlamentes bezeichnete der Präsident Alvear in der Botschaft die Beziehungen Argentiniens zu anderen Staaten als herzlich. Der Präsident betonte die Notwendigkeit einer Regelung der Verhältnisse Argentiens zum Völkerbunde. Die Argentinische Genfer Vertretung hätte Instruktionen zur Erklärung, dass Argentinien Monroedoktrin nur als einseitige Aeusserung, nicht als einen regionalen Pakt betrachte.

Amanullah wieder in Afganistan.

Berlin, 29. Juni.

Der König von Afganistan kam am Donnerstag nach mehr als siebenmonatiger Abwesenheit an der afganischen Grenze an und wurde von der Bevölkerung stürmisch begrüsst.

Plünderungen in China.

London, 29. Juni.

Zwischen Peking und Tientsin herrscht Chaos, da die zurückgekehrten Deserteure Raubzüge veranstalten. Zu den Geschädigten gehören der dänische Generalkonsul in Schanghai und der Korresponden der «New York Times».

Das Standrecht in Schanghai aufgehoben.

Berlin, 29. Juni.

Auf die Anweisung Tschangkaischeks hin, wurde in Schanghai das Standrecht aufgehoben.

Leopoldville, 30. Juni (A.A.)

Das belgische Königspaar ist in Leopoldville in Belgisch-Kongo eingetroffen.

Smith demokratischer Kandidat.

Berlin, 29. Juni.

Der demokratische Konvent der Vereinigten Staaten in Hauston nominierte am Donnerstag im ersten Wahlgange den Gouverneur des Staates New York, Alfred Smith, mit grosser Mehrheit zum Präsidentschaftskandidaten.

Houston, 29. Juni (A.A.)

Der Konvent wählte mit 889 Stimmen Smith zum Präsidentschaftskandidaten.

Der Senator Robinson aus Arkansas wurde heute zum offiziellen Kandidaten des nationaldemokratischen Konvents für die Vizepräsidentschaft gewählt.

Robinson ist eifriger Anhänger des Antialkoholregimes und entschlossener Verfechter der Farmerinteressen; aus diesen beiden Gründen erwarten sich die Demokraten einen besonderen Erfolg für die Novemberwahlen.

Der Konvent vertagte sich endgültig.

Der demokratische Konvent.

Houston, 29. Juni (A.A.)

Der demokratische Konvent nahm ein Programm an, das die ehrliche Anwendung des Zusatzes zum Antialkoholgesetze garantiert und die Möglichkeit offen lässt, ein Hilfsgesetz für die Farmer einzubringen, greift die republikanische Korruption an und überhäuft die republikanische Partei mit Vorwürfen über ihre Handlungsweise gegenüber den Farmern, ihre auswärtige Politik und ihre Vorgangsweise mit Lateinamerika.

Das Programm übt auch an der Art der Steuerbemessung und am Tarifsystem der republikanischen Partei Kritik und hebt den Misserfolg bei der Anwendung des Prohibitionsgesetzes hervor.

Das Programm erwähnt weder den Völkerbund noch den internationalen Gerichtshof, macht aber heftige Ausfälle gegen die Verworrenheit der auswärtigen Bündnisse und erklärt sich für Kriegsächtung und Abrüstung.

In der Einwanderungsfrage will das Programm keine Aenderung der bestehenden Vorschriften durchführen, bis auf jene Punkte, die Ehegatten voneinander und Eltern von ihren Kindern trennen.

Aus Deutschland.

Ein Enkel des Reichspräsidenten.

Berlin, 29. Juni.

Die Schwiegertochter des Reichspräsidenten gebar in der letzten Nacht einen Sohn, wodurch der Reichspräsident jetzt auch einen Enkel, der seinen Namen trägt, erhält.

Abschied an das alte Kabinett.

Berlin, 29. Juni.

Der Reichspräsident richtete an die aus dem Amte scheidenden Reichsminister ein Dankschreiben und sprach Dr. Brauns gegenüber den Wunsch aus, dass sein Ruhestand kein dauernder sein möge.

Der bisherige Reichskanzler Marx trat einen kurzen Erholungsurlaub an.

Amtseid der Minister.

Berlin. 29. Juni.

Das neue Reichskabinett hielt am Sonnabend vormittag die erste konstituierende Sitzung ab, wobei der Reichskanzler Müller den neuen Ministern den Amtseid abnahm. Der Reichskanzler hatte sich vorher den Beamten der Reichshanzlei vorstellen lassen.

Deutsche Pressestimmen.

Berlin, 29. Juni.

Die deutsche Presse meint, die Parteien werden erst dann sich mit den aktuellen Fragen befassen, wenn die neue Regierung ihre Erklärungen abgegeben haben wird. Die Kölnische Zeitung sagt, die Zentrumspartei könne die anderen Parteien einer Kritik unterziehen, obwohl sie durch fehlerhafte Behandlung der Situation einen empfindlichen Verlust erlitten hat. Die demokratische Presse druckt die Hoffnung aus, das Kabinett werde im Stande sein zum Herbst zu einer stabilen Regierung zu werden. In der Tatsache, dass Stresemann Aussenminister bleibt, will die französische Presse und die öffentliche Meinung den Willen und die Garantien für Fortsetzung der Locarnopolitik erblicken.

Demonstration gegen die Kriegsschuldlüge.

Berlin, 28. Juni (A.A.)

Anlässlich des Jahrestages der Unterzeichnung des Vertrages von Versailles fand im Lustgarten heute eine Massendemonstration gegen die Kriegsschuldlüge statt. Nach verschiedenen Reden und Anfragen wurde gemeinsam das Deutschlandlied gesungen. Zwischenfälle sind nicht vorgekommen.

Kleine Nachrichten.

Demokratische Partei.

Infolge der Uebernahme des Reichsjustizministeriums durch den Vorsitzenden der demokratischen Reichstagsfraktion Koch-Weser, wurde der Vorsitz der Fraktion dem Reichstagsabgeordneten Doktor Haas, Baden, übertragen.

Deutsch-spanisches Abkommen.

Deutschland und Spanien schlossen ein Abkommen für eine gegenseitige Meistbegünstigung im Warenverkehr zwischen Deutschland und Spanisch-Guinea.

Eucharistischer Kongress in Sidney.

Von Bremen nach New York reiste eine Delegation der deutschen Katholiken unter Leitung des Osnabrücker Bischofs Dr. Berning zur Teilnahme an dem Sidneyer eucharistischen Kongress.

Aus der Geschichte der Frankenstabilisierung

Die enge wirtschaftlich-politische Verflechtung der Staaten und Völker zeigt sich in dem Schicksal, das zwar nicht in gleicher Stärke aber doch in ähnlicher Weise die beiden Staaten getroffen hat, deren Nachkriegsbeziehungen lange Jahre hindurch einen Krieg im Frieden darstellten, weil sich die Politik der beiden Länder so feindselig ineinander verbissen hatte, dass lange Zeit hindurch eine friedliche Lösung fast hoffnungslos erschien. Frankreich hat die in der Nachkriegszeit eingeschlagenen Wege, die auf eine völlige Niederschlagung des Kriegsgegners Deutschland hinausliefen, mit einer sehr ernsthaften Erschütterung seines moralisch-politischen und auch seines finanziellen Kredites bezahlen müssen. Nicht ungestraft ist der Versuch geblieben, nach einem so erschöpfenden Kriege das gesamte Nachkriegseuropa auf die Fortsetzung dieses Krieges umzustellen. Die grossen Geldsummen, die zur Errichtung gewaltiger Armeen und Kriegsapparate in die durch Bündnis an Frankreich gefesselten neuen und vergrösserten Staaten geflossen sind, nach Polen, der Tschechoslowakei, nach Südslawien und Rumänien, haben in Verbindung mit abenteuerlichen Unternehmungen wie dem Ruhrkriege Frankreichs Stellung ausserordentlich geschwächt. Die Möglichkeit der wirtschaftlichen Gesundung und einer Wiederherstellung des politischen Kredites ist Frankreich dann von Deutschland her, aus den Händen des erbittert bekämpften Gegners, geboten worden. Deutschland hat durch die mit den Namen Genf und Locarno bezeichnete Politik Frankreichs allgemein politische Lage wiederhergestellt und die allgemeinen Vorbedingungen für das innerpolitische Sanierungswerk Poincarés aussenpolitisch geschaffen. Natürlich hat Deutschland diese Politik der friedlichen Geisteseinstellung, die für ein niedergeworfenes und gedemütigtes Volk dem in der Siegertoga einherschreitenden Gegner gegenüber besonders hoch zu bewerten ist, nicht aus heisser Liebe für Frankreich sich zu eigen gemacht. In Berlin hatte man eingesehen, dass nur ein gründlicher Ausgleich der mitteleuropäischen Gegensätze im Rahmen des Möglichen auch für Deutschlands Gesundung das einzig mögliche Heilmittel war. In Frankreich hat man im allgemeinen diese aussenpolitischen Zusammenhänge noch viel zu wenig gewürdigt und ist immer noch geneigt, die Stabilisierung als ein Werk des grossen Hexenmeisters Poincaré ohne jede Einschränkung anzusehen.

20 Centimes ist gegenüber dem alten Franken die Grundlage des neuen. In Frankreich hatte man wohl bis über die Wahlen hinaus in weiten Kreisen immer noch gehofft, den alten Franken, der vom ersten Konsul am 7. Germinal des Jahres XI. der grossen französischen Revolution geschaffen worden ist, in neuer unversehrter Grösse wieder ins Leben treten zu sehen. Seit Ende 1926 ist der Franken tatsächlich so gut wie stabil gewesen. Ohne besonderen Ueberschwang ist die Währungsstabilisierung vor sich gegangen, gewissermassen als gesetzliche Festlegung eines kleineren Uebels gegenüber den Inflationszeiten. Deutschland hat seinerzeit die Schaffung der Rentenmark unter der Luther-Regierung mit Recht als eine Rettung aus völligem Zusammenbruch empfunden. Es versöhnt auch die französischen Gegner der mit dem Namen Poincaré gekennzeichneten französischen Nachkriegspolitik, die zu dem französischen Niederbruch geführt hat, dass Poincaré nunmehr als der nüchterne unbestechliche und sparsame Hausvater des in Geldsachen durchaus nüchternen und sparsamen französischen Volkes die Stabilisierung durchgeführt hat. Als unter Beschimpfung und Empörung im Juli 1926 die unfähige Linksregierung abtrat, um Poincaré Platz zu machen, notierte das Pfund in Paris 240. Die Staatskassen waren leer, die Börse befand sich in voller Panikstimmung, Gendarmen ritten durch die Strassen, um Regierung und Parlamente zu schützen. Poincaré dachte nicht daran, die Stabilisierung sofort techniseh in Angriff zu nehmen. Er brachte das Budget ins Gleichgewicht, legte die Notenpresse durch Steuerbewilligungen still, die er vom Parlament

Letzte Nachrichten

Poincaré vor der Kammer.

Paris, 29. Juni.

Die Interpellationen über die allgemeine Politik wurden in der Kammer fortgesetzt. Poincaré rechtfertigt die Beibehaltung des Kabinetts der nationalen Union, deren Mitglieder in selbstloser Weise an der finanziellen Wiederaufrichtung mitarbeiteten und dazu beitrugen, das Vertrauen zur Regierung im Innern und nach aussen wieder aufzurichten. „Die Mehrheit, auf die wir uns stützen, wird sich hoffentlich noch vergrössern. Wir hoffen, im Laufe des Jahres die Steuern herabsetzen zu können. Für Elsass, das infolge seiner Treue verdient, mit Takt und Feinfühligkeit behandelt zu werden, werden keine Reformen notwendig sein.“ Poincaré billigt den Staatsbeamten das Vereinsrecht zu, wird aber niemals dulden, dass sie sich über den Staat stellen. Poincaré sagt, die Stabilität der Regierung sei ebenso notwendig, wie die Stabilität des französischen Franken.

Dr. Filchner bei Hindenburg.

Berlin, 29. Juni.

Der Reichspräsident empfing am Mittwoch mittag den deutschen Polar- und Asienforscher Dr. Filchner und beglückwünschte ihn zu der glücklichen Heimkehr. Er liess sich mit lebhaftem Interesse über die gefahrvollen Momente der letzten Reise berichten.

Der Retter in Lebensgefahr.

Berlin, 30. Juni.

Dem Londoner «Star» zufolge gestaltet sich die Lage Lundbergs mit den Gefährten Nobiles bedrohlich, da die Eisscholle ziemlich schnell nach Südosten treibt, und in mehrere Stücke zu zerbrechen droht.